



zweckmäßige Vereinfachung und Erneuierung der Maschinen des Beanspruchtes können. Aber das läßt die Bourgeoisie nicht zu, und die Sozialdemokratie ist schon zufrieden, wenn einige ihrer Konzeptionsförmchen in der hohen Bürokratie geblüht werden. So bleibt alles beim Alten. Der Staat ändert nichts, nur die Selbsthilfe der Beamten könnte helfen. Dann müssen sich aber auch die Beamten als Proletariat, als revolutionäre Proletariat fühlen und mit dem Proletariat eine gemeinsame Kampffront bilden.

Aber die Beamten vorwärts andere Interessen, als die Arbeiter? Nehmt ihnen nicht, was diesen, zu allerzuletzt das allerzuletzt, das Brot? Die Sozialdemokratie verspricht in ihrer Wahlsprüche allerdings den Beamten Brot. Aber sie verspricht es nur. Besseres und billigeres Brot, billigere Lebensmittel im allgemeinen, ausreichende Kleidung, gesunde Wohnung, das alles gegen die herrschenden Klassen, die Junker und Kapitalisten, die sich durch Wunder aus dem großen Massenelend befreien, nicht für gute Worte. Sie mühten ja ihren Profit offen. Den verteidigen sie mit allen Mitteln. Was man vom Kapital erlangen will, muß ihm im Kampfe abgetrotzt, es kann nicht erbetelt werden. Dazu ist eine geschlossene Kampffront der Arbeiter, Angestellten und Beamten nötig. Die Vereintigte Kommunistische Partei Deutschlands hat die rechtssozialistischen und unabhängigen Führer durch den offenen Brief aufgefordert, diese Kampffront bilden zu helfen. Sie haben abgelehnt. Damit haben sie auch den Beamten das Brot abgelehnt. Der Reiter zur Linken lockt die Beamtenwählerherd mit vorgehaltener Schaulobreden, aber er verweigert die Teilnahme am Kampfe um das wirkliche, edlere, rechte Brot. So ist es mit allen anderen Versprechungen, die ebenfalls den herrschenden Klassen nur in geschlossener Kampffront abgetrotzt werden können.

Mit dem Stimmgelötze allein ist nichts zu eröden, nichts grundrührig zu ändern. Es bleibt nicht nur alles beim Alten, sondern es verschlimmert sich ununterbrochen. Die bürgerliche Wirtschaft hat den Beamten bereits nahezu die Existenzmöglichkeit abgenommen. Mit Rechenfortschritten eilt jene Wirtschaft dem Untergang entgegen, in dem den Beamten die ganze Existenzmöglichkeit abgenommen ist. Sie müssen dann um die nackte Existenz kämpfen. Der Kampf kann sich, da es die bürgerliche Wirtschaft ist die ihnen die Existenz abnimmt, nur gegen die bürgerliche Wirtschaft richten. Die kapitalistische Produktion für den Profit muß durch die kommunistische für den Bedarf ersetzt werden. Ob die Beamten dafür kämpfen wollen oder nicht, sie müssen kämpfen, wenn sie nicht verhungern wollen. Sie können auch nicht allein kämpfen, sie müssen in der großen Front des kampfgewillten Proletariats kämpfen. Davon sollte sie schon die Verbindung der Eisenbahnerbewegung in der Erlangung arbeitergesellener Verbesserungen überzeugen haben.

Das Kapital hat seine Gefolgshaft legal und illegal von der Sohle bis zum Scheitel bemessen. Die „Droge“ der Sozialdemokratie materielle Macht in Händen hält, wird durch die durch den Stimmgelötze und parlamentarische Bestimmungen den Kapital auch nicht den geringsten Profitanteil, geschweige denn die ganze Produktion entreißen lassen. Die Sozialdemokratie hat die Bewirtschaftung des Proletariats und jeden ernstlichen Kampf um die Enttarnung der Droge abgelehnt. Mit Ordnung, Gerechtigkeit, Gemeinwohl usw., also nur mit schönen Worten, will sie kämpfen. Die Beamten haben von dem Linken Reiter nichts, als schöne Worte und die alte Not zu erwarten. Selten kann ihnen nur die Bildung der gemeinsamen Front mit dem revolutionären Proletariat. Der linke Reiter läßt sie im Sumpf, der rechte Reiter lockt sie zurück in das Größtal, den alten Skatenerker, den sie ja selbst am besten kennen, aus dem aber inzwischen auch das Hässliche Wort verschwinden wird, nicht in dem nur die zuchthausmäßig gefesselte Hungersnot herrscht.

Wie sich auch die Beamten ihre Lage vorstellen, sie kommen um die Bildung der Kampffront mit dem Proletariat nicht herum. Es gibt nur einen Weg, der sie aus dem Elend führt, der Weg zur Vereintigten Kommunistischen Partei. Die bevorstehende Parteitag bedeutet nicht die Aufstellung der Kampffront, aber sie bedeutet eine Herabsetzung der entschlossenen Kämpfer. Lassen sich die Beamten hierüber noch rechten oder vom Linken Reiter umgarnen, dann können sie für ihr eigenes Elend, dann sagen sie aller Welt, daß sie ent weder mit diesem Elend zufrieden sind, oder in trostloser Verzweiflung auf jedes Herauskommen aus dem Elend verzichtet haben. Werden sie sich dagegen der entschlossenen proletarischen Kampffront zu, dann können sie für ihre eigene bessere Zukunft und zeigen aller Welt, daß sie zur Selbsthilfe bereit sind und sich weder die alte Knechtshaft noch das neue Elend gefallen lassen wollen. Gerade wenn sie sich wieder vom rechten noch vom Linken Reiter beladen lassen, zwingen sie noch am ersten den Staat, endlich ernstlich Rücksicht auf ihre lebensnotwendigen Wünsche zu nehmen.

# Politische Uebersicht

## Pharisäer

So ausbrechend der offene Verrat der Rechtssozialisten an der Revolution wirkt, so werlich und abstoßend ist die Heuchelei, mit welcher die Hilferlinge sich revolutionär gebärden. Sie haben der härtesten Kampf gegen die feigenen eröffnet, wollen es wagen, in den Gewerkschaften revolutionären Geist hineinzufragen, haben unter Diszmanns glorreicher Führung zahlreiche Beschüsse gefaßt, welche durch Ausschluß von Kommunisten Spaltungen der Gewerkschaften, allerdings ohne Erfolg, provozieren sollten, und zwar tut die „Freiheit“ pharisäerhaft und bezeichnet den Bannspruch des Bauarbeiterverbandes gegen Hedert und Brandler als Fehler. Es ist auf den ersten Blick klar, daß sie ohne, was erbittern dieser Beschluß auf die ganze Arbeiterchaft wirken muß, und daß sie schließlich ein wohlverdienter Teil dieser Erbitterung würde sich auch gegen sie und ihre Partei wenden. Wie wenig ehrlich ihre schamharnen Einwendungen gemeint sind, geht schon daraus hervor, daß sie mit den üblichen Verleumdungen gegen die kommunistischen Gewerkschaftspolitik einleitet und den Vorstandsbeschluß auf diese Weise moralisch zu stillen verjudet. Bezeichnend aber ist, was ihr an dem Beschluß mißfällt. Nicht die Ungehörlichkeit tadelt sie, Genossen wegen ihrer revolutionären Gesinnung auszuwählen, sondern die Unvorbildlichkeit und Unzweckmäßigkeit eines zu brutalen Vorgehens. Deutlich zeigt sich da die Angst vor „Freiheit“, es könnte auf diese Weise das gefährdet werden, was man verhindern will, die Radikalisierung und Revolutionierung der Mitglieder. Besonders gefährlich sei es, meint das Blatt, den Satz zu schreiben: Wir werden selbst vor einer Auflösung und Neugründung des Bezirks nicht zurückweichen. Die „Freiheit“ bezeugt, daß es unflug ist, so offen zu verraten, daß man selbst vor einer Auflösung der Organisationsgemeinschaft nicht zurückweicht, also lieber die Gewerkschaften zerbricht, als revolutionären Geist darin duldet. Interessant ist übrigens die Feststellung, die die „Freiheit“ selbst machen muß, daß nämlich im erweiterten Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes

die Rechtssozialisten gegen den „Bannspruch“ Diszmanns stimmen. Dort also waren die Rechtssozialisten die diplomatischeren, Diszmann der brutalere, was nur den Eindruck der bodenlosesten Heuchelei der „Freiheit“ verpackt.

# Aus dem „sozialistischen“ Sachsen

Die sogenannte „sozialistische“ Regierung in Sachsen bedeckt sich mit Klugheit. In der Landtagsabstimmung vom 19. Januar wurde ein Amnestie-Antrag unserer Genossen behandelt, die u. a. bei der Freisprechung auch für „Sitz“ eintraten. Alle Parteien, natürlich auch die Unabhängigen, wandten sich gegen die Amnestierung von „Sitz“. Der „sozialistische“ Justizminister Harnisch wandte sich überaupt gegen eine Amnestie, mit der man — b. h. der bürgerliche Staat — nur Wasserlocher geholt habe. Die Amnestierungs-Anträge erhielten dann ein ehrenvolles Verdict in einem Ausschuss, während die Bürgerlichen für völlige Abweisung stimmten.

Die Links-Regierung entwickelt sich immer schöner. Nachdem sie Kämpfer gegen die Arbeitslosen aufgefunden hat, steht sie die Amnestie für politische Vergehen ab. Sie hat aber noch mehr auf dem „Rebholz“.

Die deutschnationalen Abgeordneten Schiele und Dr. Reiter hatten sich in einer Leinen-Anfrage über die Reichsregierung über die Erzeugung einer reaktionären Verfassung in Dresden beschwert. Was der Antwort der Reichsregierung, die jetzt erfolgt ist, zu entnehmen, daß „namentlich in Sachsen politische Bewegung für den Kampf um die Freiheit“ mit „einem Eingeständnis über die Notwendigkeit der Erneuerung der Verfassung“ verbunden ist. Auf dem Reichstag, die Verammlung findet unter dem höchsten Schutze der Sippe, hat die Regierung neben dem Verfassungsausschuss bereits fünfzehn sachlichen Senats und fünfzehn für diese aufschreibende Antwort der Reichsregierung interessiert, mit dem sächsischen Volksminister, Herrn Dipinski, nähere Erklärungen für sein Verhalten abzuverlangen.

# Das neueste Schachergeschäft.

Paris, 19. Januar.

„Temps“ meldet, Staatssekretär Bergmann habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von drei Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf das Reparationskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf den französischen Vorschlag zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, drei Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gab zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorziehen würde, nämlich die Gestattungen festzusetzen.

In verächtlicher Form wird diese Meldung seitens der deutschen Regierung allerdings demantiert, doch ist diesem Dementi wenig Glaubwürdigkeit beizumessen.

Deutschland macht sich hier die Uneinigkeit zwischen Frankreich und England, die zwischen diesen beiden über die Höhe der festzusetzenden Zahlungen besteht, zunutze, und drückt sich um die Vermeidung bestimmter Zahlen herum.

Es ist die Haut des deutschen Arbeiters, die hier verschahrt werden soll, denn um nichts anderes handelt es sich, wie mit Hilfe des Berliner Friedensvertrages am besten die Arbeiterzeitung ausgepreßt und ausgebetet werden kann. Dar über das nie, nicht um das Prinzip der Ausbeutung selbst, besetzen zwischen Paris London und Berlin die Unstimmigkeiten.

# Das „reinssozialistische“ mecklenburgische Ministerium.

(M. A.) S. H. v. e. r. n., 18. Januar. Nachdem am Freitag das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, S. v. e. l. l. i. n. g., früher Minister des Innern, zum Ministerpräsidenten gewählt worden, erfolgte heute die Wahl der vier übrigen Staatsminister. Vor der Wahl erklärten die Mitglieder der Demokratischen Partei, daß sie sich der Stimme enthalten würden, da ihnen die Bildung eines Ministeriums der Mitte nicht gelungen sei. Es wurden mit 81 Stimmen gewählt die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, Kriegsgerichtsrat R. i. t. t. o. e. g. e. r. aus Kiel, Lehrer P. u. l. s. aus Rostock, Bürgermeister Peterzon aus Goldberg i. M. und der Angestellte bei der Landesbehörde in Schwerin E. v. e. r. s.

Die 28 Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei gaben ihre Stimmen für das bisherige Ministerium ab. Die drei Stimmgelötze der Demokraten waren unbeschrieben.

# Strafvollzug gegen einen kommunistischen Landtagsabgeordneten

Der Vorstehende des Bezirks Halle unserer Partei, Genosse D. e. l. s. n. e. r., ist von der Strafammer in Raumburg mit einem Monat Gefängnis bestraft worden, weil er als Vorstehender des Kreisarbeiterrates Weiskens im Frühjahr 1919 den Landrat der Partei als bedinglich haben soll. Jetzt, ausgerechnet fünf Wochen vor der Landtagswahl, wird Genosse D. e. l. s. n. e. r., der gleichzeitig Landtagsabgeordneter ist, vom Staatsanwalt aufgefordert, seine Strafe binnen einer Woche anzutreten.

# Reichsmittel für W. T. B.

In einer längeren Antwort auf die Anfrage einiger demokratischer Abgeordneten wegen des Vertrages mit dem Botschaften Telegrammbüro gibt die Regierung zu, daß W. T. B. tatsächlich für die Beschäftigung amtlicher Bekanntmachungen Gelder erhält. Es handelt sich nach Angabe der Regierung im laufenden Haushaltsjahr um 100 000 M. Für die reaktionäre Verleumdung der deutschen Presse mit allerlei Schwärzungen über die Arbeiterbewegung und mit Föhnmachereien über allerlei Höflichkeit-Geschändel betrapen wir also Steuergeber, Ramos! Auch ein Beitrag zum Studium der deutschen demokratischen Republik und ihres Pressejumps.

# „Taubenbunde“ und Baumelle.

Der „Vorwärts“ lobt seinen Genossen Richter, den Berliner Polizeipräsidenten, wegen dessen Sprechen an die politischen Parteien. Ingleich aber macht er auf den Taubenbunde der deutschnationalen Studenten aufmerksam, der am Sonntag bis zum Brandenburger Tor sich ausbreitet und der natürlich ein ausgedehnter Demonstrationsgang gegen die Republik war. Wenn der „Vorwärts“ n. a. die „Deutsche Tageszeitung“ fragt, was sie in diesem Falle zur Behauptung der Staatsautorität fordere, so hätte er sich lieber an die richtige Adresse wenden sollen. Sein Genosse Richter muß gefragt werden, wo denn die Sippe, die Wahlsiegergewehr und die sonstigen Spymittel der Republik waren, als die Reaktion die Taubenmelle mischaufte. Woher gibt der Herr Polizeipräsident darauf Antwort?

# Kleine Notizen

„Sens geschloßener“, so fragt die Deutsche Zeitung, das Organ Wauernbreiters, über eine „Ordnungsbildung“, die besagte,

Denk sollte infolge Überarbeitung an einer geistigen Störung. Die Deutsche Zeitung ist wenig originell. Es würde sich empfehlen, doch immer eine neue Ente los zu lassen, denn die Bechichte von der Botschaft haben weitestgehend schon zu oft genossen. Auch scheint es uns eine unzulässige Würdigung des niederträchtigen Volkselementes zu sein, wenn man von der Überarbeitung seiner Führer spricht. Wilhelm pflegt sich nicht zu überarbeiten, obwohl er auch ohnedies geliefertes war.

Der baltische Reichskammer Müller trat von seinem Amte zurück. Die deutschnationalen, zu denen er sich rechnet, werden den Nachfolger stellen.

Fünf Kinder getötet. Otern nachmittags sollte in einer Dresdener Volkshaus eine Vorkonferenz stattfinden. Der Vorkonferenz war offenbar zu klein, so daß beim auflösenden Zerstreutwerden der Kinder ein fürchterliches Geräusch entbrach, bei dem fünf Kinder getötet und ungefähr zwanzig verletzt wurden.

# Ausland

## Der Anschlußrummel in Oesterreich

In den letzten Tagen häufen sich in Oesterreich die Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland an. Vor allem getern die Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei jeder Gelegenheit die „einzige Rettung“ Oesterreichs sei der Anschluß! Mit dem Ruf: „Oesterreich ist tot, es lebe Deutschland!“ assistieren ihnen das gesamte deutschnationale Kleinbürger und Großbürgertum, die Studenten und die nationalsozialistischen Arbeiter, und da auch ein Flügel der regierenden christlich-sozialen Partei wenigstens anschlusstreublich ist, gibt es gegenwärtig in Oesterreich zweifelslos eine „Volkshemmung“ für den Anschluß. Die fürchterliche österrische Krise, obgleich sie nur die allgemeine Krise der besetzten Länder mit ihrer Finanznot, ihrer Unterproduktion, ihrem Hofschwanzel in besonders verhängnisvoller Form zeigt, hat gerade dieser Tage eine katastrophale Lage des Staatswesens hervorgerufen, und löst einen Alarm nach dem andern aus. Wenn man einer L. U.-Meldung aus Passau glauben schenken darf, werden heute deutschnationale und Sozialdemokraten gemeinsam für den Anschluß demonstrieren, dazu rufen noch allerhand Gerüchte über einen bevorstehenden Regierungsumsturz mit dem Ziel der Proklamation des Anschlusses. Die entbehren allerdings jeder Wahrscheinlichkeit, die deutschnationalen Vorkämpfer möchten sich wohl gern in das Abenteuer stürzen, die bedächtigen sozialpatriotischen Gewerkschaften aber werden es noch wohl überlegen in ungewisser Lage einen offenen Bruch des Friedensvertrages (weilher dem Reich wenigstens den Anschluß verbietet), mit seinen unübersehbaren Folgen herbeizuführen, bei welchem sie sehr bald vollkommen ins Schlepptau der Kontorrevolution geraten müßten. So groß das österreichische Elend und so katastrophal die Situation im selbständigen lebensfähigen Oesterreich ist, so unmöglich ist doch der Anschluß ohne großdeutsche Kontorrevolutionäre oder revolutionäre Erhebung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nach dem C. C. Germainer Frieden und Versailles. Das zeigen vor allem die offiziellen französischen Aeußerungen in der letzten Zeit wieder ganz klar. Da die revolutionäre Erhebung nicht unmittelbar zu erwarten ist, und selbstverständlich von der österreichischen Sozialdemokratie auch gar nicht gewollt wird, so muß ihre Anschlußparole die sie schon im vergangenen Wahlkampf als einzige und Allheilparole ausgegeben hatte, nach dem sie sie seit dem November 1918 unentwegt vertritt, gerade jetzt im Anschlußrummel ihre Unfruchtbarkeit und Heuchelei beweisen. Man wird viel Äußerungen hören, aber die Wirkung wird bestenfalls sein, daß sich irgend jemand dies zum Vorwand für einen konterrevolutionären Eingriff unter dem Schutze der Republik von der Entente nimmt, weiter nichts. Wie aufmerksam die Entente die Vorgänge verfolgt und wie ernst sie sie aufpaßt, zeigt die Elle, mit der man jetzt von Paris aus verfährt, daß die Milizienkonferenz sich mit den Könen Oesterreichs besetzen und ihnen abheßen werde. Über die schwierige Lage, die hieraus für die kommunistische Bewegung in Oesterreich entsteht, wollen wir noch berichten.

# Die jugoslawische Reaktion und Serbisch-Ungarn.

(Privattelegramm der „Röten Fahne“).

Agam, 18. Januar 1921.

Nach Botschafter meldet: Die Regierungsmaßnahmen gegen die Kommunisten hat der Bürgermeister von Botschafter, Karagitsch, ein bekannter Feind der Arbeiterchaft, dazu benützt, daß er den gesamten Parteivorstand der dortigen kommunistischen Partei verhaften ließ und ihn über die Demokratischen Partei bringen wollte, um ihn den jugoslawischen Serbisch-Ungarn auszuliefern. Als dieser Plan aus Licht kam, benützige sich der Arbeiterchaft eine solche Erregung, daß der Regierungskommissar der Stadt sich genötigt sah, die Verhafteten freizulassen. Der Bürgermeister ist flüchtig und fürcht aus der Stadt verschwinden.

# Die Linken Sozialrevolutionäre unterstützen die Sowjetregierung

Moskau, 17. Januar 1921.

Eine allrussische Konferenz der internationalen Partei der Linken Sozialrevolutionäre, die auf Grund einer Deklaration des zentralen Exekutivbüros vom 28. Oktober 1920 einberufen wurde, beschäftigte die Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit der innenpolitischen und internationalen Stellung Sowjetrusslands. Die Konferenz erkennt voll und ganz die tatsächliche Entstehung der Konferenz an, die mit der Revolution vom 25. April und 26. Oktober angenommen wurde und macht sie zur Grundlage der weiteren Wirksamkeiten der Partei. Die Partei nimmt an den Wahlen und an der Arbeit in den Sowjet teil, während sie gesunde Kritik an der Kommunistischen Politik übt. Die Partei will an der produktiven Welt teil nehmen, und bewirkt alle Versuche, die Linken Sozialrevolutionäre in Gegensatz zu der linken Sozialdemokratischen Partei zu bringen.

# Pressfreiheit

Wie berichteten in Nr. 27 der „Röten Fahne“, daß der Zeitungs- und Buchverleger, Ullstein u. Co., in eine Allengleichheit umgewandelt werden soll. Wer die treibenden Kräfte sind, wird aller Voraussicht nach auch aus der Veröffentlichung der Gründungsversammlungen nicht ohne weiteres zu erkennen sein. Denn gerade die Übernahme von Zeitungsaktien geschieht häufig seitens vorgehender Personen. Jedenfalls bedeutet diese Umwandlung des Ullstein-Verlages, daß der Verlag als Unternehmen der fünf Brüder Ullstein nicht mehr weiter existieren kann. Der Rest u. Ullstein ist an sich so schlecht konstituiert, seine Zwecke sind so zerstückelt, daß er von jeder zeitigen Wirtschaftskrise erschüttert wird. Wohl kaum eines der Berliner Zeitungsunternehmen war zu Beginn des Krieges so außer Fassung geraten, wie der Verlag Ullstein. Er suchte im Verlauf des Krieges seine Stabilität besonders durch den Waffenvertrieb der Ullsteinbücher, die hier unerschöpfen Rotationsverbreitung, wieder herzustellen. Aber ohne erhebliche Kredite ist der Verlag auch wohl in dieser Zeit



8. Die Gewerkschaftskommission hat sofort in den Fragen der Betriebsräte und der Arbeitgeber an den Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund, die die Wirtschaftlichen Parteien herauszutreten, und sie antworten, gemeinsam die notwendige Aktion großzügig über das ganze Reich zu organisieren und durchzuführen.

Dismann (Vorstand) der D.M.G. spricht sich für den Arbeitstag. Wir haben in erster Linie den Arbeitstagen, welche Arbeit zu schaffen, sie so wieder zu nützen, während der Gesellschaft zu machen, sie moralisch zu führen. Die Arbeitstagen sollen über eine Arbeitszeit von 4 bis 5 Stunden abgehehen, als ganz am besten zu liegen. Die U.S.B.D. hat eine erfolgreiche Erklärung der Gewerkschaften erteilt, die (Dismann) wird oft von Arbeitgebern unterbrochen. Die produktive Gewerkschaften müssen ausgebaut werden. Zum Sozialismus kommen wir durch ein geschlossenes Proletariat (Dismann) wird von der erregten Verfassung dauernd unterbrochen, der Vorleser droht mit der Einführung der Verfassung. Dismann polemisiert gegen die Resolution (Nebel) und den Offenen Brief der U.S.B.D. - Hr (die Funktionäre) soll mit euren hunderttausend Kofen, die hinter euch stehen, die Saat dafür zu werfen. D. berichtet von den Miffolgen der Zeitschriften Kämpfe und fragt, ob ein Generalstreik Aussicht auf Erfolg hat. Ein allgemeiner Streik ist gänzlich aussichtslos. Die Berliner Löhne sind niedriger im Vergleich zu anderen Städten, wo man nähertener und nicht so knechtisch vor. Er bittet um Annahme der Resolution der Gewerkschaftskommission.

Weißhofs (Börse): Der Betrieb hat die Arbeitgeberseite sofort der Organisation übergeben und alle Vorschläge der Organisation befolgt. Wir haben auch den Weg zum Schlichtungsausschuss angetreten. Die Unternehmer erklären, daß sie auf alle Sprüche pfeifen. Wir erwarten, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht tun, daß sie die Massen aufrufen.

Doeffe (Autogen) schildert den Konflikt seines Betriebes, insbesondere die gerichtlichen Unternehmerpraktiken. Der Streik geht jetzt schon 7 Wochen. In diesem Kampf sind alle, ganz gleich welcher Partei, beteiligt, und stehen bis heute geschlossen. Er spricht im übrigen im Sinne (Nebel) und ist für dessen Resolution.

Kasper (Kaufmann) fordert Schnellens klare Entscheidung. Nach einer längeren Geschäftsordnungsbemerkung in der Vertretung der Ufa die Erklärung abgibt, daß die Angeestellten unbedingt noch zu Worte kommen müssen, wobei mit großer Mehrheit nach 11 Uhr die Vertretung der Verammlung beschloß, Vollversammlung gibt bekannt, daß schon in den nächsten Tagen die Fortsetzung stattfinden wird.

## Gewerkschaftliches

Die Berliner Glaserarbeiter für die A.G. Gewerkschaftsinternationale. Am 10. Januar fand eine Generalversammlung der Glaserarbeiter und -arbeiterinnen der Straßburger Maschinenbau- und Oberbauwerke in Berlin, die von 'Tauerne', Wilmersdorf, stattfand. Die Reichssozialisten hatten schon einige Wochen vorher eine einfache Fraktion bilden wollen, um die Wünsche der Generalversammlung in ihrem Sinne zu bekräftigen. Der Vorsitzende, der den Jahresbericht erstattete, gab auch eine objektive Schilderung von der Tätigkeit des verstorbenen Reiches. Die Reichssozialisten benötigten diese objektive Darstellung, um sich in der Diskussion in eine einseitige Erregung hineinzureden. Als sie sahen, daß die Verammlung durch ihre Mängel nicht in die gewünschte Stimmung versetzen konnten, beantragten sie sofortige Aufstellung über Amsterdams oder Moskau. Die Verammlung war hiermit einverstanden und gab den Reichssozialisten die Mitteilung, indem sich drei Viertel von den etwa 200 Man, weswegen für die A.G. Gewerkschaftsinternationale und ein Viertel für die arbeitgemeinschaftliche Amsterdamer Internationale entschieden. Das Resultat wurde mit großer Begeisterung entgegengenommen. Als die Reichssozialisten daraufhin 'demokrat' den 'Stab' verließen, 'maßte' sich 'Lehr' die Anzahl ihrer Anhänger nicht. Die Glaserarbeiter und -arbeiterinnen haben begriffen, daß die Einstellung der Gewerkschaften eine revolutionäre sein muß, und daß die so eingefallenen Organisationen, losgerissen von dem arbeitgemeinschaftlichen Amsterdams und fest zusammengefaßt werden müssen in der A.G. Gewerkschaftsinternationale, weil nur das die Garantie ist für konsequente Durchführung des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital.

Jam Streik im Scala-Restaurant, Unter den Eichen. Fast geschlossen legten am Sonntag, den 15. Januar 1921, die gewerkschaftlichen Angestellten im Scala-Restaurant die Arbeit nieder. Der Streik hat gelitten, denn kurz darauf kam die Entschärfung und wurde den Angestellten zugunsten, unter Versprechungen, die aber auch weiter nichts sind, wieder in den Betrieb zu gehen. Die Hauptbewegung, die Organisation anzuerkennen, lehnt der schweizer Herr Gräf, mit Doppeltakt ausgedrückt, ab. Die Angestellten lehnten es ab, sich durch Versprechungen, die nie gehalten wurden, wiederum einwickeln zu lassen und der Direktion Gelegenheit zu geben, hierdurch die Organisation auszuflößen. Gerade den gewerkschaftlichen Grundgedanken stehen sie jetzt zur Organisation und gehen nicht eher in den Betrieb, bis der entlassene Betriebsrat wieder eingestellt und die restlichen Forderungen bewilligt sind. Es fällt dem Herrn Gräf doch nicht aufzuweichen, für einige Wochen Zeit, ganz ohne zu überlegen, stempelte Summen auszugeben; darum ist das Verhalten der Angestellten auch nicht unverständlich, indem sie auf tatsächliche Entlohnung bestehen. Das, was Herr Director Gräf in finanziellen Schwierigkeiten befindet, kann nach den Ausgaben für persönliche Begehungen nicht angenommen werden. Am Montag, den 17. Januar 1921, haben die Wüster sich dem Streik angeschlossen. Die Lage ist durchaus ernst und droht der Streik auch auf die übrigen Betriebe überzugreifen. Es liegt in den Händen der Direktion, des Gesamt-Scala-Unternehmens, ob sie sich durch den Richter Herrn Gräf mutwilliger Weise Schaden zufügen lassen will. Sollte die Direktion mit Gräf gemeinsame Sache machen, was wir jedoch nicht annehmen, müßte sie die Konsequenzen ziehen.

Zentralverband der Hotel- und Restaurant-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

## Kleine gewerkschaftliche Nachrichten

Durch der technischen Angestellten und Beamten. Freitag 21. Januar, abends 7 Uhr, Verammlung der Fach- und Betriebsräte im Vorläufigen Gewerkschaftsamt.

## Wirtschaftliche Uebersicht

Den Mitgang der Frachttönen kennzeichnende Angaben einer Hamburger Schiffsmarterfirma, die die 'Frankfurter Zeitung' veröffentlicht:

	Jan. 1920	Dez. 1920
Dates-Gibraltar, Kohlen	45/-	12 8
" - Bunt Eisend."	60/-	20/-
" - Ca Plata	89/9	15/-
" - Nordamerika	22/-	22 8
" - West-Indien	24/50	6/-
" - Ca Plata	19/-	5/-
" - Kontinent, Getreid. (Quartier)	17/-	7/-
Bombay-England	209/-	87/6
Calcutta-Frankreich	147/6	50/-
Kaukasien-England	209/-	80/-
" -	108/-	72/6

An Beltcharerwagen wurden in der allgemeinen Fahrt für große britische Dampfer im Januar 27/8 und im Deze. 1. Ber 9/-

Die große neutrale Dampfer im Januar 40/- und im Dezember 19/- geblieb.

Der Mitgang der Frachttönen ist der Mitgang der Schiffahrtsoptionen, die eine gewaltige Vermehrung der Handelskraft, besonders der Vereinigten Staaten, Englands und Japans zur Folge hatten. Ein Beispiel der amerikanischen Schiffahrtsoptionen ist das noch im Jahre 1920 2218 neue Dampferprogramme mit einem Wert von 147,700,000 Dollar im Vergleich mit den 1180 Schiffen im Jahre 1919, die einen Wert von 118,000,000 Dollar besaßen.

Seit dem Beginn der Frachttönen - erhöhte Mittelstände. Der Geschäftsbericht der J. P. Morgan & Co. in New York gibt ein Bild über die kritische Lage der deutschen Textilindustrie. Wir entnehmen dem Bericht folgende Einzelheiten:

Als zum Frühjahr stärkste Nachfrage, steigende Preise für Rohstoffe und Waren, dann Nachlassen des Exportes und starke Zurückhaltung der Käufer im Inland. Erst im Herbst langsame Wiederbelebung des Geschäfts. Die außerordentliche Steigerung der Umsätze und die Durchführung der im vorigen Geschäftsjahr gefassten Beschlüsse zur Vergrößerung der künstlichen Spinnerel veranlassen die Erhöhung des Aktienkapitals von 50 auf 7 1/2 Millionen Mark. Die Verteilungsumsätze erstreckt sich im ersten Halbjahr eines fernen Geschäftsjahres, konnte die günstige Konjunktur jedoch nicht voll ausnützen, weil föhnter Verengung mit Rohlen einmalig um einem nichtdrehenden Betriebs stillstand zwang. Im zweiten Halbjahr Erholung, erst gegen Ende langsame Wiederbelebung des Geschäfts. - Trotz der Absatzstörungen und Betriebserschwertungen kann die Umsatzzahl wieder 20 Prozent Dividende auf das verdoppelte Aktienkapital ausdividieren. Das Aktienkapital soll erneut von 7 1/2 auf 15 Millionen erhöht werden.

Die Unternehmer haben es also verstanden, sich ihren Profit trotz Absatzschwierigkeiten und Betriebserschwertungen sicherzustellen. Es ist zu erwarten, daß die Folgen der unglücklichen Konjunktur auf die Arbeiter und die Verbraucher abzuwälzen. Wahrscheinlich ist sogar die Einschränkung der Produktion und ihre Ausweitung auf Preissteigerungen renntbar gemessen, als die Produktion bei Vollbetrieb.

## Groß-Berlin

Hinter den Kulissen der Victoria-Ver sicherung. Um 6 Millionen Deutsche wird versichert bei der 'Victoria', die mit zwei Milliarden Mark arbeitet, und dieses Versicherungsunternehmen, das überall seine Filialen hat, wirt Jahr für Jahr den Aktionären feste Dividenden in den Höhe von 10 Prozent. Die Direktion der Victoria einen Konflikt begonnen mit dem am 1. September einsetzenden Teil ihrer Angestellten. Die Angestellten der Versicherungsbranche, hat sie entgegen dem Einverständnis sämtlicher Schiedsrichtungsinstanzen entlassen und versucht jetzt, mit Hilfe von Streikbrechern den Betrieb weiterzuführen.

Ein öffentliche Verammlung der in der 'Victoria' Versicherten beschäftigt sich am Mittwoch abend mit diesen Vorgängen. Was dort erzählt wurde, gestattet interessante Blicke hinter die Kulissen der Victoria-Ver sicherung, deren Direktion'sig Reich müßt, die schlimmsten Scharfmaße des deutschen Kapitals noch unerschöpflich zu überreifen. Die Verammlung war von 3000-5000 Personen besetzt. Ein Betriebsratsmitglied hielt das einleitende Referat. Er ermahnte die Anwesenden, nicht ihre Versicherungen zurückzuführen. Dann schätzte er den Konflikt zwischen Gesellschaft und Einnehmer. Die Einnehmer, die bis September 540 M. Monatsgehalt bezogen, forderten die geringfügige Aufhebung auf 67 1/2 M. Die Direktion beschloß nicht, der Schlichtungsausschuss im Reichs-Justizministerium stimme der Forderung der Gineiner zu. Darauf fand die Gesellschaft im September, den Einnehmer, ohne den Betriebsrat zu fragen. Der Schlichtungsausschuss des Reichsjustizministeriums wies die Gesellschaft an, die Kündigung als unzulässig. Auch das Gewerbegericht fällt einen Spruch gegen die Direktion. Am 4. Oktober schloß die Direktion willkürlich den Betrieb und setzte die Angestellten drei Wochen auf die Straße. Damals erklärte der Direktor: Keine Nachber Welt kam uns zuziehen, den Betrieb wieder aufzunehmen. Am 21. Oktober wurde dann der Betrieb wieder geöffnet. Den Einnehmern jedoch, erklärte die Direktion, sie sollen eintreten - als freie Gewerbebetreiber. Das Mittelbestimmungsrecht der Einnehmer sollte befreit werden. Der Schlichtungsausschuss der Gineiner sprach sich mit den Einnehmern ohne Entschädigung zu. Die Firma verurteilt nun, auf dem Wege der Freigabe der Angestellten im Jahre 1921 zu verfahren. Die Projektionen haben die Versicherten zu fragen. - Die Einnehmer haben aus dem Bedürfnis, die Dienstleistungen von diesen Vorgängen zu unterbrechen. Derber haben sich Einnehmer gefunden, die für das ständige Geld arbeiten, Frauen von Reichstunten und Polizeifreien hoch nach auf der Straße. Der Referat schloß mit der Frage, wo in diesem Falle das Aufhängen für Privatversicherungen bleibt. In der Diskussion kam allgemein das Solidaritätsgefühl der amnestierten Arbeiter und Arbeiterinnen mit den ausgebeuteten Einnehmern zum Ausdruck. Eine Resolution, die den allgemeinen Zustimmung fand, spricht aus, daß die zahlreich erschienenen mit Entschädigung Kenntnis genommen haben von den Bedingungen, die Vermählung erklären, daß sie sympathieren mit den Einnehmern und erheben Protest gegen die Projektionen der Firma. Den angestrebten Dissolutionsbegehren wurde die Forderung, daß den Streikbrechern der Firma die Versicherungsbeiträge nicht bezahlt werden sollen. Ob diese Vorfälle wirklich ein wird oder ob die Firma nicht verurteilt, diese hier anzugehen, ist eine andere Frage. Das ganze Vorgehen der Victoria-Direktion ist ein raffinierter Versuch, aus dem wirtschaftlich schwächsten Teil der Angestellten etwas herauszufischen, um besser positionieren und noch stärkere Dividenden auswerfen zu können.

## Die neuen Steuern

Ausführung der Aufsichtsteuer. Gemeindefiskus, Steuerer, Wohnungsteuerer und Steuererhebung sind im Aufsicht verabschiedet worden und sollen in der nächsten Stadterweiterungsverammlung endlich beschlossen werden. Der Aufsicht begann jetzt seine weiteren Arbeiten mit der Beratung der sogenannten Aufsichtsteuer. Von aller Dingen wurde in Aufsicht genommen, die Steuererhebung, für die besonders hohe Preise genommen werden, bis zu 50 Prozent mit einer Steuer für jede Karte zu beladen. Die Durchführung einer solchen Besteuerung steht auf Schwierigkeiten, die hauptsächlich durch die Direktoren der Theater behauptet werden. Eine genaue Kontrolle ist nicht möglich, weil die Theaterbesitzer angeben, sehr viele Billets werden nicht zu den aufgeführten Preisen verkauft, sondern für die Hälfte des Kassapreises abgegeben. Eine Nachprüfung dieser Angaben gestaltet sich sehr schwierig, weil häufig auch umgekehrt bezahlt wird und bei starkem Andrang des Publikums die Preise überhöht sind. Bemerkenswert war das Eingeländnis eines Teilenden Steuerbeamten, daß viele Theater mit gewaltigen Steuersummen im Rückstand geblieben sind. Es gibt Theater, die heute noch einen regelrechten Steuererwartung durchfahren. An erster Stelle steht dabei das Berliner Theater. Diese Bilanz trägt nur den festgestellten Operettenfleisch auf und hat 100 Billets in seinem Hause, die mit 80 M. pro Billet bezahlt werden müßten. Als Aufsicht ein starkes Vorgehen gegen diese Bilanz geordnet wurde, gab der Theater besitzer eine Erklärung ab, daß er nur noch der ersten der Theaterbehebung der Steuer absagen müßt, weil die Wirtschaftlichkeit der Theater dadurch gefährdet werde. Hier halten dem entgegen, daß man zu der wirtschaftlichen Lage von Arbeitern und Angestellten nicht soviel Rücksicht nimmt, sondern ihnen durch den Steuerbetrag einen Teil ihres Lohnes beschlagnahmt. Unsere Stadterweiterungsverammlung wird hier Steuer abschaffen, weil wirklich nur unter der Protection von Buchrecht und Schlichter nicht gegeben kann. Wie überhaupt die kapital-

stische Gesellschaft unfähig ist, in der jetzigen Krisezeit noch stärker und knifftend zu wirken. Wir werden versuchen, hat der Steuer vorläufig der Stadt das Verfügungswort über die Theater zu sichern, damit wenigstens an einigen Tagen der Boden in allen Theatern wirtschaftliche Kunst den beliebigen Preisen der arbeitenden Bevölkerung zu billigen Preisen geboten werden kann.

## Eingung mit den Neutöllner Hofflandsarbeitern

Die H.S.-Korrespondenz meldet: Hofflands den Neutöllner Hofflandsarbeitern und der Stadtbaugesellschaft ist eine vorläufige Einigung zustande gekommen. In seiner Sitzung des Schlichtungsausschusses Grupp-Verein wurde folgender Vergleich abgeschlossen: 1. Die defensorische Firma verpflichtet sich, an sämtliche Arbeitnehmer bis einschließlich 19. Januar den Lohn für normale Arbeitszeit zu zahlen. 2. Die Parteien erklären sich damit einverstanden, daß vom 20. Januar ab sämtliche Arbeitnehmer in den auf den 20. Januar folgenden drei Wochen mit verkürzter Arbeitszeit und zwar 2 1/2 Stunden wöchentlich arbeiten. 3. Defensorische firma verpflichtet sich, bis zum Ablauf dieser drei Wochen einen Arbeitsmangel keine Entlohnungen vorzunehmen. 4. Einigungszugang eines von der Parteien bis zum 22. Januar zu vereinbarenden Sachverständigen innerhalb der Monatsfrist und Weiterführung des Betriebes. Falls die Parteien bis zum 22. Januar über den zu benennenden Sachverständigen nicht einig können, kann jede Partei den Demobilmachungskommissar mit Benennung des Sachverständigen ernennen.

Der Beschäftigungsfälle Magistratsbeamten. Die seit längerer Zeit durch die Unstehenden Wäner gegebenen kritischen Nützler über die vollständige Tätigfeit des Berliner Wohnwesens und der Mietwohnungsgemeinde scheinen den an der Spitze stehenden Männern sehr unangenehm zu sein. Man versucht, mit allen Mitteln zu verhindern, daß etwas über die Praxis der oben genannten Magistratsdienststellen in die Öffentlichkeit gelangt. Infolge dessen hat sich ein Herr Wienrecht, nach seinem Schied an der 'Vorwärts', 'Degetern' der Mietwohnungsgemeinde, bemüht gesehen, eine Verfügung des Magistrats hieffig (H. Jauch) und Reichshofstadt vom 4. 12. 1889 herauszufinden und sie den Angestellten zur Beachtung erneut in Erinnerung zu bringen. Nach dieser Verfügung ist es nämlich den Angestellten verboten, ohne vorherige Besondere Genehmigung des zuständigen Degeterns Vorgänge aus der städtischen Verwaltung in die Tagespresse zu bringen. Abgesehen davon, daß der Herr 'Degetern' anscheinend ohne Befähigung ist, da er sich damit abgibt, urteilte Magistratsverfügungen erneut im Umlauf zu bringen, ist es bezeichnend für den Geist dieses Herrn, daß er es unter allen Umständen verhindern will, daß von den derzeitigen Kreisen der Bevölkerung eine Kritik an der städtischen Verwaltung gelobt wird. Da es den Ansehen hat, als ob befragter Herr in seiner jetzigen Dienststelle nicht voll befähigt ist, wählten wir dem Magistrat bringend ersuchen, die Herr, einen ehemaligen Bürgermeister, einer Dienststelle zu überweisen, in der seine schätzbare Kraft voll ausgenutzt wird.

Zimmer und Hofschaffner in Gefangenschaft. In der Strafanstalt Regal ließ, nach unangenehmen Mitteilungen, die in der Strafanstalt Regal noch in voller Blüte. Erst am Samstagabend ist wieder ein Gefangener von den Russischen befreit worden und 14 Tage später erzielte daselbe Schicksal einen anderen Häftling. Dieser wurde so unermesslich mifhandelt, daß er in das Jagarett eingeliefert werden mußte. Die Zwischen der Anhaft führen auch bitter Klage darüber, daß ihnen zuzuführende Nahrungsmittel nicht voll ausgefertigt werden. Ferner wird uns berichtet, daß in der Werkstatt Waffen angefertigt und arbeitsfertig werden. Es scheint hohe Zeit für das Justizministerium, sich um die Dinge zu kümmern. Vor allem müssen die Gefangenen die ohnehin färgliche Kost ungeschmälert verabreicht werden, um den vorliegenden Qualen. Es sei hier eine Festlegung angemerkt, um sie them Lebensmittel freien Lauf lassen können, ohne wehrlosen Menschen das Leben und die Gesundheit zu gefährden.

## Kleine Lokalnöten

Auerkassen aus Keramik wurde gestern abend in Neutölln das 7 Jahre alte Lehmhaus der Neutöllner Großhandelsfirma mit 2180 M. nach dem nächsten Postamt bringen. An der Ecke der Poststraße und Sennerstraße fiel plötzlich ein Mann über die Mauer her, warf sie zu Boden, würgte sie, riß ihr das Buch mit dem Geld aus der Tasche und entfloch mit der Beute. Er entkam unangefasst.

Für 800 000 Mark Silberergut und Teppiche gestohlen wurden vom Konjunktural-Verfahren in Charlottenburg Wilmersstraße 18. Einbrecher drangen mittels Nachschlüssel in die Wohnung ein und stahlen ein vollständiges silbernes Tafelgeschirr für 40 Personen, zwei Perleppiche und mehrere wertvolle Gegenstände im Gesamtwert von 800 000 M. Von den Tätern selbst zunächst keine Spur.

Reife Heim. Bei der Zentralverkaufsstelle deutscher Schmecker sind für 200 000 M. Stoffe und Seide, bei dem Kaufmann Eohm, Mühlstr., für 150 000 M. Seide, in der Wohnung des Kaufmanns Koberg, Alsenburgstr., für 400 000 M. Gold- und Silbergegenstände gestohlen worden. Der Kaufmann Eiegl, Engländer, wohnhaft in einem Schrank in seiner Wohnung der Kaufleuten von zwei Armas in Höhe von 500 000 M. Diese Summe ist er durch Einbruch verloren.

Übersvergiffungen und ein Ende. In Oberhörnemecke stand in seiner Wohnung durch Einmischen von Leuchtgas ein alter Mann namens Friedrich Reihertz. Gleichseitig mit ihm verheiratet lag seine Frau und eine Tochter. An den beiden hatten Wiederbelebungsversuche erfolgt. Die Mutter und die Tochter wurden in das Krankenhaus geschafft.

Selbstmord. In Hermsdorf a. d. Vorbahn, zwischen dem Spandau und der Albrechtraiße, wurde gestern Vormittag die Leiche einer Frau aufgefunden, die an der linken Brustleiste eine Schnur verlegt lag. Neben der Leiche waren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, lag ein abgeblottener Revolver. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte noch nicht festgestellt werden.

Ein Eisenarbeiter, der bei einer Verletzung wurde gestern ein Frau Schmecker aus Neutölln. Als sie vor dem Hause eintrat, lag sie auf dem Boden. Sie wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Die Verletzung wurde festgestellt und kam mit einer Verletzung an der Brust davon.

## Verammlungskalender

Allgemeine Verammlungungen. 15. Januar, Reichshofstadt, Donnerstag, den 20. Januar, abends 7 Uhr, in der Stadt Schmecker, 6. Verammlung sämtlicher Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in Hermsdorf. Jede Gruppe hat Vertreter zu ernennen. 15. Verammlung des Reichsjustizministeriums der Staatsverordnetenversammlung. 16. Verammlung der Stadtverordnetenversammlung, den 21. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Freitag, den 22. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Samstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Sonntag, den 24. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Montag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Dienstag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Mittwoch, den 27. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Donnerstag, den 28. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Freitag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Samstag, den 30. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt, Sonntag, den 31. Januar, abends 7 Uhr, Reichshofstadt.